



Vorlage an den Landrat des Kantons Basel-Landschaft

Titel: **Mündliche Anfragen
für die Landratssitzung vom 13. Februar 2014**

Datum: 11. Februar 2014

Nummer: 2014-062

Bemerkungen: [Verlauf dieses Geschäfts](#)

Links: - [Übersicht Geschäfte des Landrats](#)
 - [Hinweise und Erklärungen zu den Geschäften des Landrats](#)
 - [Landrat / Parlament des Kantons Basel-Landschaft](#)
 - [Homepage des Kantons Basel-Landschaft](#)



2014/062

Kanton Basel-Landschaft

Landrat

Mündliche Anfragen

für die Landratssitzung vom 13. Februar 2014

Vom 11. Februar 2014

1. Klaus Kirchmayr: Totalrevision Energiegesetz

Am [12. Februar 2012](#) hat der Landrat mit der Überweisung der Motion [2011/155](#) die Totalrevision des Energiegesetzes beschlossen. Dieses Gesetzes-Grossprojekt wurde in der Folge auch eines der Legislatur-Ziele der Regierung. In der Folge berief die Regierung einen Expertenrat mit Vertretern der Energiewirtschaft, etc. ein, welcher das Geschäft vorberaten sollte. Ein Gesetzesentwurf wurde zuerst für Mitte 2013, dann für Ende 2013 versprochen. Dito wurde ein runder Tisch in Aussicht gestellt. Vor diesem Hintergrund stimmte der Landrat auch der Verschiebung des Abstimmungstermins über hängige Energieinitiativen zu. Mittlerweile ist Februar 2014 und ein Entwurf für ein neues Energiegesetz liegt noch nicht vor.

Fragen:

1. Wie sieht der aktuelle Zeitplan für die Totalrevision des Energiegesetzes aus?
2. Warum sind die Verzögerungen entstanden?

2. Michael Herrmann: Beiträge an die Berufsbildung

Am [25. November 2010](#) hat der Landrat mit 69:1 Stimmen bei 2 Enthaltungen die Motion [2009/167](#) von Landrat Urs Berger an den Regierungsrat überwiesen, mit dem Auftrag, die offensichtlichen Benachteiligungen einzelner Branchen, die ihre überbetrieblichen Kurse nicht im Kanton Basel-Landschaft anbieten können, zu eliminieren.

Fragen:

1. Der Regierungsrat hatte sich im November 2010 bei der Überweisung des Vorstosses dafür ausgesprochen, dass er mehr Zeit für die Eruierung der genauen Kosten benötigt. Sind diese nun nach über 3 Jahren (statt 2 Jahren Bearbeitungsfrist) abzuschätzen? Und wenn ja, wie hoch sind diese?
2. Sieht der Regierungsrat die Ungleichbehandlung und die Belastung der KMU-Wirtschaft respektive der Lehrbetriebe?
3. Wann kann der Landrat mit der entsprechenden Vorlage rechnen?

3. Hanni Huggel: Änderung der VO zum Gesetz über die politischen Rechte

[Meine Motion](#) "Änderung der VO zum Gesetz über die politischen Rechte" ist mit 54:23 Stimmen am [27. Januar 2011](#) als Postulat überwiesen worden. Die Ablaufrist zu einer Vorlage ist vorbei und die Wahlen 2015 rücken näher. Ich hätte gehofft, dass es für die Regierungsratswahlen möglich wäre, den Stimmbürgerinnen und Stimmbürgern die Wahl beim Mehrheitswahlverfahren mit einem beigelegten Hinweiszettel im Wahlcouvert zu erleichtern, so wie es bei den Richterwahlen möglich ist. (*Mein Vorschlag einer neuen Ziffer 3 zu § 3 im Postulat: Beim Mehrheitsverfahren soll ein Hinweiszettel zum Stimmzettel beigelegt werden, auf dem die Namen, der bis zum festgelegten Datum (VO § 13) offiziell eingereichten Kandidatinnen und Kandidaten mit Parteizugehörigkeit aufgelistet sind*).

Fragen:

1. Ist der Regierungsrat gewillt, das Anliegen innert nächster Zeit zu behandeln?
2. Ist es dem Regierungsrat möglich, die Verordnung zum Gesetz über die politischen Rechte, § 3 mit einem Zusatz so zu ergänzen, dass er das Anliegen des Postulates aufnimmt?
3. Ist es im Interesse des Regierungsrates, dass dieser Zusatz in § 3 zum Mehrheitsverfahren bis zu den Wahlen 2015 beschlossen wird?

4. Felix Keller: Annahme Masseneinwanderungsinitiative; Folgen

Am Sonntag hat die Schweiz mit 50.3% der Masseneinwanderungsinitiative zugestimmt. Auch das Baselbiet unterstützte die Initiative mit 50.6%. Das Resultat gilt es zu akzeptieren, wie auch zu analysieren.

Fragen:

1. Welche Folgen erwartet der Regierungsrat für die „Baselbieter Wirtschaftsoffensive“?
2. Müssen aufgrund des Volksentscheids die Zielsetzungen, wie z.B. Steigerung der Unternehmenssteuer um 50% bis 2018, neu definiert werden?

5. Peter H. Müller: Besuch von Regierungsrat Thomas Weber im Kantonsspital Liestal

Den Medien konnte man entnehmen, dass Regierungsrat Thomas Weber sich vor einigen Tagen „im Nadelstreifenanzug“ ein Bild über die Situation im Kantonsspital Baselland machen wollte. Gleichzeitig werden dem Vernehmen nach vom Verwaltungsratspräsidenten am CEO vorbei diverse Gespräche mit Ärzten und anderen aufmüpfigen Angestellten geführt. Alles läuft auf einen „Showdown“ zwischen den Ärzten und dem Management, also der operativen Leitung des Kantonsspitals hinaus. Die alles entscheidende Frage ist: soll das Bruderholz weiter von den Ärzten oder von einer betriebswirtschaftlichen Führung geführt werden?

Fragen:

1. Was war der Zweck des besagten Besuchs von Regierungsrat Thomas Weber? Von wem liess er sich anlässlich dieses Besuchs ins Bild setzen?
2. Ist der Regierungsrat nicht auch der Meinung, dass ein solcher sogar von den Medien registrierter Besuch ohne anschliessende öffentliche Verlautbarung in der aktuellen Situation zu Fragen und Verunsicherung führt?
3. Die Rolle von Regierungsrat Weber ist heikel. In der Eignerstrategie des Kantonsspitals Baselland ist klipp und klar festgehalten: „Der Eigner erwartet, dass die Gesellschaften zwecks effizienter und qualitativer Betriebsführung den Rahmen ihrer Entscheidungskompetenz ausschöpfen. Das Kantonsspital Baselland und die Psychiatrie Baselland pflegen ein Kunden-Lieferantenverhältnis zur Volkswirtschafts- und Gesundheitsdirektion des Kantons Basel-Landschaft.“. Wieso hält sich Regierungsrat Thomas Weber vor diesem Hintergrund nicht gänzlich aus den operativen Anliegen heraus?
4. Regierungsrat Weber hat am 6.1. in einem Interview mit der BZ angekündigt, sich aus dem Verwaltungsrat des KSBL zurückzuziehen. Bis wann wird er diese Ankündigung umsetzen und damit sicherstellen, dass die Gewaltentrennung zwischen Eigner, Verwaltungsrat und Geschäftsleitung korrekt eingehalten wird?
5. Die operative Leitung hat die schwierige Aufgabe, drei Spitäler zu fusionieren. Ist der Regierungsrat in Anbetracht dieser schwierigen Aufgabe nicht auch der Meinung, dass der Verwaltungsratspräsident Dieter Völlmin dazu angehalten werden muss, der operativen Leitung den Rücken zu stärken statt durch obengenannte Aktion selber, ohne Koordination mit der Geschäftsleitung operativ tätig zu werden?

6. Martin Rüegg: Sportanlagen St. Jakob ohne Baselbieter Schulen

Die Schulen der Region sind in den letzten Jahren und Jahrzehnten zum Teil massiv gewachsen. Dies macht aus organisatorischen und auch finanziellen Überlegungen Sinn. Häufig ist die Infrastruktur nicht mitgewachsen. Deshalb haben immer mehr Schulen Mühe, Anlässe für die ganze Schule wie zum Beispiele Sporttage auf dem eigenen Gelände durchzuführen.

Fragen:

1. Ist es richtig, dass neuerdings auf den Sportanlagen St. Jakob nur noch Schulen aus dem Kanton Basel-Stadt Sommersporttage durchführen dürfen?
2. Wenn ja, warum dürfen Schulen aus dem Kanton Basel-Landschaft auf Grund und Boden des Kantons Basel-Landschaft (das Areal der Sportanlagen St. Jakob liegt auf dem Boden der Gemeinde Münchenstein) keine Sommersporttage mehr durchführen?

7. Urs-Peter Moos: Bruderholz; Machtkampf zwischen Ärzten und operativer Leitung

In den Medien äussern verschiedene Ärzte des Kantonsspitals Baselland (KSBL) ihren Unmut über die laufenden Umstrukturierungen aufgrund der von der Stimmbevölkerung abgesegneten Fusion der drei Spitäler. Dabei wird vor allem die operative Leitung rund um den CEO des Kantonsspitals unter Druck gesetzt. Er sah sich bereits verschiedentlich gezwungen, sich öffentlich zu wehren, gerade auch zu Fragen der Strategie. Gar nichts hört man hingegen von Verwaltungsratspräsident Dieter Völlmin. In einer derart heiklen Situation wie zurzeit sagt ein Schweigen mehr als tausend Worte.

Fragen:

1. Ist der Regierungsrat auch der Auffassung, dass die Strategie des Kantonsspitals Baselland (KSBL) von der strategischen Leitung, also dem Verwaltungsrat, verabschiedet wurde und auch von diesem zu verantworten ist?
2. Das Kantonsspital ist mit Fusion, Auslagerung und neuer Spitalfinanzierung in einer schwierigen Phase. In diesem Umfeld steht mit Dieter Völlmin ein Verwaltungsratspräsident an der Spitze des Unternehmens, der weder Erfahrung in Verwaltungsräten von Grossbetrieben, noch im Gesundheitswesen oder in der Durchführung von Fusionsprozessen ausweisen kann. Ist der Regierungsrat der Meinung, dass seine Qualifikation genügt?
3. Im Kantonsspital ist offenkundig ein Machtkampf zwischen Ärzten und operativer Leitung im Gang. Dieter Völlmin gilt als „Mann der Ärzte“. So hat er vor kurzem noch einen Teil der Ärzteschaft in einem Rechtsstreit gegen den Kanton Baselland vertreten und letztlich den Ärzten vor Bundesgericht zu einem Sieg verholfen. Was war der Inhalt dieses Rechtsstreits? Welche Ärzte wurden von Dieter Völlmin vertreten? Stimmt es, dass darunter auch die Exponenten Dr. Heinzel, Dr. Krapf und Dr. Jockers waren? Ist sich der Regierungsrat im Klaren, dass dies allesamt Exponenten sind, die sich zurzeit öffentlich für die Führung des Bruderholz-Spitals durch die Ärzte stark machen und damit der Geschäftsführung in den Rücken fallen?
4. Teilt der Regierungsrat die Auffassung, dass diese allzu grosse Nähe des Verwaltungsratspräsidenten zu den Ärzten keine unabhängige Haltung in der „Bruderholz-Frage“ zulässt?

8. Julia Gosteli: Umweltbeauftragter BL

Frage:

Wie stellt sich der Regierungsrat dazu, dass die Stelle des Umweltbeauftragten, neun Monate, bis Juni 2014, vakant bleibt?

9. Sven Inäbnit: Situation in Kantonsspitalern, insbesondere im Bruderholz

In mehreren Lesebriefen äussern sich fast ausschliesslich Ärzte zur Situation im Kantonsspital, insbesondere zum Bruderholz. Dabei wird offenkundig, dass diese die Situation vor der Fusion der Spitäler, also die Vergangenheit, wieder herbeiführen möchten. Das ist bedenklich. Es ist ein offenes Geheimnis, dass der Einfluss der Ärzteschaft auf die Spitalleitung in der Vergangenheit gross, oft zu

gross, war. Das Bruderholzspital schrieb hohe Verluste. Gleichzeitig wurde beispielsweise der Standort Liestal von der Spitalleitung nach modernen Management-Grundsätzen geführt. Das Resultat: wesentlich bessere finanzielle Abschlüsse – bei wahrnehmbar genau gleich hoher Qualität und bei gleichem Service für die Patientinnen und Patienten.

Fragen:

1. Wie viele Spitalleiter erlebte das Bruderholz-Spital in den vergangenen 25 Jahren?
2. Ist der Regierungsrat der Meinung, es ist ein völlig abwegiger Gedanke, dass diese Spitalleiter letztlich am Veränderungswiderstand der Ärzte scheiterten?
3. Wie gestalteten sich die Rechnungsabschlüsse (Gewinne, Erfolge) der drei nun fusionierten Häuser Bruderholz, Laufen und Liestal in den jeweils drei Jahren vor der Fusion?
4. Die negativen Schlagzeilen rund ums Bruderholz dürften auch Auswirkungen auf das finanzielle Ergebnis des Kantonsspitals haben – insbesondere bei der Orthopädie. Nun haben Orthopädie-Ärzte des Bruderholz-Spitals, welche selber die Kündigung eingereicht haben, in der Öffentlichkeit angekündigt, unter dem Namen „Orthopädie Baselland“ (Meldung des Regionaljournals) ab Frühling 2014 auf eigene Rechnung zu wirtschaften. Findet der Regierungsrat, dass damit die Treuepflicht gegenüber dem Arbeitgeber erfüllt wurde? Hätten Freistellungen erfolgen sollen? Gedenkt der Regierungsrat hinsichtlich der Marke „Orthopädie Baselland“ rechtliche Massnahmen zu ergreifen?
5. Der Landrat hat die jetzige Strategie des KSBL mit der Vorlage zur Verselbständigung der Spitäler verabschiedet. Teilt der Regierungsrat die Ansicht, dass er vor einem allfälligen Strategiewechsel die Haltung des Landrats anzufragen und einzuholen hat?

10. Andreas Giger: Partikularinteresse der Chefärzte vor dem Wohl der Mitarbeitenden

Um die aktuelle Situation im KSBL zu beruhigen braucht es jetzt Ruhe und Vertrauen. Die öffentliche Debatte, die vor allem durch einige Chefärzte und Ehemalige geführt wird, schadet dem Image des KSBL auch als Arbeitgeberin. Die Mitarbeitenden werden somit zum Spielball der Chefärzte.

Fragen:

1. Was gedenkt die Regierung zu tun, um die Situation zu entspannen und für die Mitarbeitenden wieder ein erträgliches Arbeitsklima sicher zu stellen?
2. Aus den Mediendiskussionen wird man den Eindruck nicht los, dass die Chefärzte in erster Linie ihre Partikularinteressen verteidigen, und nicht das Wohl aller Mitarbeitenden. Teilt der Regierungsrat die Auffassung, dass die „Unzufriedenen“ nicht im Sinne aller Mitarbeitenden handeln? Gefährden solche Diskussionen nicht den Standort Bruderholz und damit viele Arbeitsplätze?
3. Dauernde Diskussionen vor allem um die Probleme des Spitals sorgen für Unsicherheit bei den Mitarbeitenden. Was auffällt ist, dass sich bisher nur der CEO zur Wehr setzt. Warum kommt kein klares Bekenntnis zur Strategie von Seiten des Verwaltungsrats, damit die Mitarbeitenden wissen, woran sie sind?
4. Ein Bestandteil der Gesetzesvorlage der Spitalausgliederung ist die Überführung der Arbeitsverhältnisse in einen Gesamtarbeitsvertrag (GAV) innerhalb von zwei Jahren. Die rasche Umsetzung dieser Forderung würde viel Vertrauen schaffen. Bis wann darf mit einem GAV gerechnet werden?